

# KONSEQUENZEN AUS COVID-19 FÜR DAS INTERNATIONALE KRISENMANAGEMENT

*COVID-19 hat die Welt seit gut drei Monaten fest im Griff. Die meisten Staaten sind vorrangig mit der nationalen Krisenbewältigung beschäftigt. Während Österreich bisher relativ glimpflich durch die Krise kommt, verschärft sich die Lage in den sicherheitspolitisch relevanten Konfliktregionen zusehends. Die Coronakrise wird bisherige Risikoeinschätzungen, aktuelle Szenarien-Annahmen und auch Arbeitsweisen des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements (IKKM) beeinflussen.*

## **Bioterrorismus: (k)ein „neues“ Risiko**

Der Einsatz von Krankheitserregern als Waffe wird schon lange in Risikobeurteilungen von Staaten mitgedacht. Im Risikobild Österreich fällt Bioterrorismus in die Kategorie „systemischer Terrorismus“. Darunter versteht man im Wesentlichen Terroranschläge mit Massenvernichtungswaffen: Neben der Möglichkeit einer „Disease X“, ausgelöst durch einen gänzlich unbekanntem Erreger, lassen extremistische Ideologien und technologische Fortschritte in der Biotechnologie die Gefahr der Synthetisierung vor allem von biologischen Kampfstoffen zunehmend in den Bereich des Wahrscheinlichen rücken. Aufgrund der raschen Verbreitungsdynamik muss bei Angriffen auf den „Westen“ auch mit massiven Auswirkungen auf Österreich gerechnet werden.

Analytisch betrachtet ist Bioterrorismus bislang in Österreich wie in fast allen westlichen Staaten als sogenannte „dread risk“ oder „Low-prob-high-impact“-Risiko eingeschätzt worden. Mit der COVID-Pandemie könnte aber ein Paradigmenwechsel erfolgen. Selbst wenig eintrittswahrscheinliche Szenarien gewinnen an Bedeutung. So führte auch Antonio Guterres vor dem UN-Sicherheitsrat am 9.4.2020 Bioterrorismus unter den aus seiner Sicht prioritären sicherheitspolitischen COVID-19-Risiken an. Terroristen könnten die Gelegenheit zum Angriff nutzen, während Regierungen durch die Krise vereinnahmt sind.

Außerdem würden die nun offengelegten Schwächen und mangelhafte staatliche Vorbereitung Einblicke geben, wie ein bioterroristischer Angriff aussehen könnte.

Damit wäre Bioterrorismus analytisch betrachtet nunmehr der Kategorie der sogenannten X-Events zuzuordnen, auf die sich staatliche Sicherheitsvorsorge ernsthaft vorbereiten muss, denn das Risiko wird in Folge der Pandemie steigen. Neben der „günstigen Gelegenheit“, ist die Angst der Menschen vor einem neuen, pathogenen Virus jetzt enorm.

Auch wenn Erwerb, Produktion und Verbreitung von Krankheitserregern nach wie vor nicht einfach sind, ist es immer möglich, dass Terrororganisationen mit viel Geld und technischem Know-how einen Anschlag planen. Selbst wenn ein groß angelegter Angriff nicht gelingt, kann ein symbolischer Angriff durchgeführt werden. Ein solcher Angriff würde zu deutlich weniger Todesopfern führen, aber vor allem Angst und ein wiederauflebendes Trauma in der Bevölkerung hervorrufen.

Leyla Daskin

## Entwicklungen am Westbalkan

### *Resilienzfähigkeit, Vulnerabilität und die regionale Konfliktdynamik*

Die COVID-19-Pandemie bedeutet für die fragilen Systeme der sechs Westbalkan-Staaten (WBS) hinsichtlich Ressourcen und Managementfähigkeiten eine bis zu ihren Kapazitätsgrenzen reichende Herausforderung. Im Vergleich zu Österreich sind die Gesundheitssysteme der WBS deutlich schlechter auf eine Pandemie vorbereitet. Es mangelt u. a. an Tests und Schutzkleidung für das medizinische Personal. Sowohl im Gesundheitsbereich als auch bei der Bewältigung der ökonomischen Folgen der Krise sind die WBS sehr stark auf externe Unterstützung angewiesen.

Trotz dieser Schwächen gelang es allen WBS bisher ein exponentielles Wachstum der Infektionen zu verhindern. Bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 17 Mio. wurden bis zum 18.5. am Westbalkan etwa 17.000 Infektionen (davon ca. 9.200 Genesene und 533 Todesfälle) registriert. Serbien weist die höchsten, Montenegro die niedrigsten Zahlen auf. Der bisher glimpfliche Verlauf der Pandemie lässt sich hauptsächlich auf rigorose Maßnahmen zurückführen (Ausgangssperren mit minimaler Bewegungsfreiheit, Androhung drakonischer Geld- und Haftstrafen bei Verstößen). Dem Trend einiger EU-Staaten folgend wurden allerdings Lockerungen der Maßnahmen für Mai angekündigt.

Die Fokussierung auf die innerstaatliche Krisenbewältigung hatte im März und April zur Folge, dass nationalistische Spannungen zwischen den WBS und Volksgruppen vorübergehend abgenommen haben, während innerstaatliche und intranationale Konfliktpotentiale stärker hervortraten. In allen WBS beklagten NGOs, Journalisten und oppositionelle Politiker die massive Einschränkung demokratischer Freiheiten und des Rechtsstaats. Insbesondere in Serbien und im Kosovo hat die politische Polarisierung im Zuge der COVID-Krise an Intensität zugenommen.

Der serbische Präsident Aleksandar Vučić wird von oppositioneller Seite – ähnlich wie auch andere Balkanpolitiker – beschuldigt, im Schatten der Pandemie autoritär und außerhalb seiner verfassungsmäßigen Befugnisse zu agieren. Kosovo wiederum könnte parallel zur noch nicht bewältigten COVID-19-Krise in eine Phase der innenpolitischen Destabilisierung geraten. Hauptverantwortlich dafür zeichnet der kosovarische Präsident Hashim Thaci. Er hat mit Billigung der US-Regierung und unter Kritik der EU seit dem Misstrauensvotum gegen Albin Kurtis Regierung (25.3.) eine Koalition ohne Kurtis Partei „Vetëvendosje“ angestrebt. Zweifellos hätte eine solche Regierung ohne die mandatsstärkste Partei Vetëvendosje ein erhebliches Legitimitätsproblem.

### *Beeinflussung von Konfliktlösungen und der regionalen Kooperation*

Dem EU-WB-Beauftragten Miroslav Lajčák bietet sich durch die Abschwächung des Nationalismus und einer wieder glaubwürdigeren EU-Integrationspolitik eine Chance für proaktives Handeln in Problembereichen: Dazu zählt v. a. der 2018 unterbrochene „Dialog“ zwischen Belgrad und der kosovarischen Führung. Die prekäre Situation einiger Tausend Migranten in Westbosnien wurde durch ein von der EU-Kommission mitfinanziertes Aufnahmezentrum partiell verbessert. Nationale Politiker fühlen sich aber durch die Migrationsproblematik überfordert. Separatistische Bestrebungen serbischer Politiker und ordnungspolitische Konflikte zwischen Bosnjaken und Kroaten verhindern außerdem seit Jahren eine positive Entwicklung des Staates Bosnien und Herzegowina (BuH). Weiterhin behindern ungelöste Grenzfragen zw. Kroatien, BuH und Serbien die regionale Kooperation.

Neuen Chancen für eine verbesserte regionale Kooperation durch ein Zusammenrücken wegen der COVID-19-Krise (einschließlich Belgrad und Prishtina/Priština) stehen verschiedene negative Faktoren gegenüber: Dazu gehören v. a. die Ver-

stärkung der politischen Polarisierung in Serbien und Kosovo, die außenpolitische Fokussierung des EU-Kandidaten Serbien auf Russland und v.a. China sowie damit einhergehende Desinformationskampagnen serbischer und russischer Medien über die EU, des Weiteren Divergenzen zw. der EU und den USA in der Kosovofrage sowie verstärkte politische Attacken serbischer Politiker in BuH gegen das „Office of the High Representative“ (OHR) als „Hüter“ des Dayton-Friedensvertrags.

#### *Auswirkungen auf zivile und militärische Stabilisierungsmissionen*

Die Mandatserfüllung ziviler und militärischer Missionen in BuH (OHR, EU- und OSZE-Mission sowie EUFOR Althea) und Kosovo (EULEX, EU- und OSZE-Mission sowie KFOR) wurde durch die Pandemie bisher nicht substantiell eingeschränkt. Alle Missionen haben Vorsichtsmaßnahmen wegen der Pandemie ergriffen. Eine Mandatsveränderung erscheint wegen der COVID-19-Krise derzeit nicht notwendig. Die Sicherheitspräsenz von EUFOR und KFOR bleibt gewährleistet. Risikogruppen wurden (wie bei den österreichischen Kontingenten) allerdings abgezogen.

#### *Ableitungen für Österreich/die EU*

- Nach Einbindung des WB in ihr COVID-19-Krisenmanagement (WB-Hilfspaket von 3,3 Mrd. € und Zugang zu medizinischen Produkten) benötigt die EU im Kontext der „Konkurrenz“ aus Russland und China eine proaktive Kommunikationsstrategie.
- Es fehlt an einer mit den USA akkordierten Kosovopolitik.
- Drohungen gegen das OHR sollten EU-Sanktionen zur Folge haben, autoritären Tendenzen sollte im Rahmen der Integrationspolitik entgegengetreten werden.
- BuH benötigt weitere EU-Hilfe zur Bewältigung der Migrationsproblematik.

- EUFOR und KFOR bleiben ein notwendiges „Sicherheitsnetz“.

*Predrag Jureković*

### **Entwicklungen in Osteuropa, im Schwarzmeerraum und im Südkaukasus**

In Russland steigt die Rate der Neuinfektionen mit COVID-19 rasant an und überschritt am 10.5. die 200.000er-Marke. Gut die Hälfte der Fälle stammt aus der Hauptstadtregion Moskau, wobei sogar Bürgermeister Sergej Sobjanin eine mindestens dreimal höhere Dunkelziffer annimmt. Die Coronakrise hat auch Folgen für Putin selbst, der in der Krise auffallend zurückhaltend ist. Das Krisenmanagement wurde an die Gouverneure übertragen, diese aber nicht immer mit allen nötigen Mitteln ausgestattet. Putins Zustimmungsraten sind jedenfalls seit Februar um 5 Prozentpunkte gefallen und liegen mit 63% auf demselben Niveau wie vor der Ukrainekrise Anfang 2014.

Angesichts der bevorstehenden tiefgreifenden doppelten Wirtschaftskrise wegen Ölpreisschock und Corona-Lockdown könnte dies die Stabilität des Systems deutlich schwächen. Auswirkungen (z. B. in Form von Massenprotesten) werden sich aber frühestens bei der geplanten Abstimmung über eine Verfassungsreform zeigen, wobei diese derzeit auf unbestimmte Zeit verschoben ist. Ob es Putin gelingen wird, den bisherigen Gesellschaftsvertrag der politischen Apathie gegen wirtschaftliche Prosperität aufrechtzuerhalten, bleibt abzuwarten.

Hinsichtlich der Krise in und um die Ukraine versucht Russland weiterhin eine teilweise Aufhebung der Sanktionen zu erreichen. Eine Instrumentalisierung der Krisenhilfe für die USA im April 2020 und durch russische Truppen für Italien müssen hierbei besonders hervorgestrichen werden. Zugleich zeichnete sich aber beim virtuellen Außenministertreffen der „Normandie-Vier“ – Deutschland, Frankreich, Russland, Ukraine – am 30.4. kein

wesentlicher Fortschritt zur Lösung des Konfliktes ab. Die vier Minister sprachen sich für humanitäre Maßnahmen aus und mahnten ein, die Bewegungsfreiheit der Sonderbeobachtermission der OSZE (SMM) wiederherzustellen. Die Arbeit der SMM wird seit Schließung der Kontaktlinie Ende März besonders durch die bewaffneten Kämpfer in den sogenannten Volksrepubliken (unter dem Vorwand der Eindämmung des Coronavirus) eingeschränkt. Waffenstillstandsverletzungen sind nach wie vor an der Tagesordnung.

In Moldau zeigt die beinahe gänzlich unterbundene Personenfreizügigkeit zwischen den beiden Seiten die trotz des Konflikts bestehende Verzahnung der Gesellschaft und deren Folgen auf. Beispielsweise sind nunmehr in Transnistrien lebende Bürger mit moldauischer Krankenversicherung von der medizinischen Versorgung abgeschnitten. Das moldauische Gesundheitssystem leidet unter dem Mangel an medizinischem Personal, welches die interne Grenzlinie nicht überschreiten kann. Nichtsdestotrotz war im Transnistrien-Konflikt eine pragmatische Zusammenarbeit zu beobachten, während hingegen im Südkaukasus einige Akteure weiterhin konfliktverschärfend agierten. Beispielsweise setzte Südossetien ungeachtet der Pandemie die Demarkationsarbeiten fort. Auch wurden Berichten zufolge erstmals seit Juni 2019 wieder Steilfeuerwaffen im Konflikt um Bergkarabach eingesetzt.

Die vorhandene geopolitische Konflikt-dynamik zwischen Russland und dem Westen hält unvermindert an. Russische Desinformationskampagnen u.a. zu geheimen Labors und deren Tätigkeiten in seiner Nachbarschaft (Georgien, Ukraine, Moldau) und Einschränkungen der Pressefreiheit im eigenen Land befeuern diese. Angesichts der ursprünglichen Verharmlosung und nunmehr starken Häufung von Infektionen in Russland haben diese jedoch an Glaubwürdigkeit verloren.

Wenngleich Konfliktparteien wie u.a. im Transnistrien-Konflikt bzw. zwischen Geor-

gien und Abchasien mitunter zielgerichtet kooperieren, hat dies bis dato nichts an den grundlegenden Differenzen bzw. Konfliktbeilegungsszenarien geändert. Bei der Linderung der COVID-19-Auswirkungen leisten OSZE, VN und EU wertvolle diplomatische, inhaltliche und finanzielle Hilfe.

#### *Ableitungen*

- Dank restriktiver Maßnahmen gelingt es den Regimen meistens, die Ausbreitung der Pandemie unter Kontrolle zu halten. Die Einschränkungen gehen jedoch mit teilweise starken humanitären Auswirkungen für die Bevölkerung einher. Sicherheitspolitische bzw. militärische Konsequenzen sind bis dato nicht zu erkennen.
- Trotz der Einstellung von Programmaktivitäten und Reisebeschränkungen trägt das internationale Krisenmanagement mit seinen Missionen und Aktivitäten in der Region (OSZE, EU, VN) auch weiterhin ganz wesentlich zur Konfliktprävention sowie zur Linderung der humanitären Krise auf Seiten der Bevölkerung bei.

*Christoph Bilban, Hans Lampalzer*

#### **Entwicklungen in der Türkei, im Iran und im Irak**

Aufgrund der COVID-19-Pandemie bleibt das öffentliche Leben in der Türkei, im Iran und im Irak formal weiterhin eingeschränkt. Dabei ist die Situation im Iran von der Situation in den beiden anderen Staaten zu unterscheiden. Die Iraner haben die erste Welle unter großen Opfern hinter sich gebracht und müssen mit einer zweiten Welle rechnen, sofern bis dahin kein Impfstoff gefunden wird. Der Türkei und dem Irak steht der Höhepunkt der Krise erst bevor, wobei in beiden Ländern gelegentlich die Glaubwürdigkeit der Testmethoden in Zweifel gezogen wurde.

Auf strategischer Ebene wirkt sich die COVID-19-Krise kaum aus. Allenfalls ist in

der Innenpolitik eine weitere Entfremdung der Bevölkerung von den Machteliten festzustellen, die zunehmend auf „Wahltricks“ (Türkei, Iran) zurückgreifen müssen, oder, wie im Irak, wo der politische Prozess, sprich die Vorabsprachen zwischen den verschiedenen Machtgruppen in der Gesellschaft, ins Stocken geriet und die Regierung ohnehin von Anfang an geschwächt ist. Dennoch ist nicht davon auszugehen, dass eine geschlossene, bürgerlich-demokratische Bürgerbewegung den Kurs der Regierung in den drei genannten Staaten bestimmen oder die Regierungen gar stürzen kann. Wenn überhaupt, ist die Möglichkeit einer „Palastrevolte“, der COVID-19 als Rechtfertigung dient, in Erwägung zu ziehen.

Überraschender Weise recht gut halten sich die Türkei und der Iran bei ihrer Machtprojektion. Dies erklärt sich zum einen aus der Urgenz der Einsätze: Im Falle der Türkei und Syriens betrifft dies das türkische Verhältnis zur PKK oder zu den Islamisten in Idlib, wo die Türkei militärisch und politisch fokussiert handelt und zudem sowohl von Russland als auch den USA als Partner ernst genommen wird. Zum anderen jedoch aus einem nüchternen Kraft-Raum-Zeit-Kalkül: Das trifft zunächst auf den türkischen Einsatz in Libyen zu, durch den General Haftar in die Schranken gewiesen wurde und Ankara nun auf Augenhöhe mit den anderen Interventionsmächten steht. Ebenso auf den Einsatz iranischer Einheiten in Syrien und im Irak, wo mit relativ geringem Einsatz von Truppen und Finanzmitteln, die iranische Präsenz weitergeführt und teilweise ausgebaut werden konnte.

Daran ändert auch die Tötung des General Soleymani unmittelbar nichts. Es sei denn, diese war der Auftakt des Zurückrollens der iranischen Präsenz in der Region. In diese Richtung lassen sich die zunehmende amerikanische – und internationale – Rhetorik gegen den Iran deuten. Im schlimmsten Fall entladen sich die vorliegenden Spannungen in Luftschlägen gegen iranische Ziele in der Region oder

gar im Lande selber, das könnte z. B. im Herbst der Fall sein, wenn es zu einer Verurteilung Irans in der IAEA kommt.

Für den Irak bedeutet dies die Verschleppung der notwendigen Sicherheitssektorreform, das Risiko der US-iranischen Konfrontation auf eigenem Territorium und, mittelfristig, das Wiedererstarken des IS. Die Europäer scheinen diesem Szenario bereits Rechnung zu tragen, indem sie ihre Truppenpräsenz im Land reduzieren, vorgeblich COVID-19-bedingt.

*Walter Posch*

### **Entwicklungen in der Levante und der Golfregion**

Zweieinhalb Monate nach Bekanntwerden der ersten COVID-19-Fälle im Nahen und Mittleren Osten (NMO) lassen sich krisenverschärfende Entwicklungen erkennen sowie erste Tendenzen skizzieren. In der Levante sind die Auswirkungen v.a. im staatlichen Unvermögen der steigenden medizinischen Bedarfsdeckung für die Zivilbevölkerung und in Einkommensverlusten und damit in einer Zunahme an Protesten zu finden. Ein europäisches Krisenmanagement eingebettet in weitere Aktivitäten der Internationalen Gemeinschaft, welche in Syrien und im Irak auf Konfliktlösung (inkl. Anti-Terrorkampf) und Sicherheitskooperationen, im Libanon und Jordanien auf die Flüchtlingsbetreuung fokussieren, sind in ihren Tätigkeiten eingeschränkt, mit sinkenden Budgets konfrontiert und gezwungen ihre Programme temporär auszusetzen. Alleine für Syrien bedeutet dies, dass rund 6,5 Mio. Binnenvertriebene und über 1 Mio. politische Gefangene sowie rund 150.000 Flüchtlinge in der verbliebenen Aufstandsprovinz Idlib massiv gefährdet sind und nicht adäquat versorgt werden können. Darüber hinaus lässt sich eine Zunahme an terroristischen Aktivitäten beobachten, weil alleine der „Islamische Staat“ noch immer aus rund 20.000 Kämpfern im Irak und in Syrien besteht, welche jüngst mit Anschlägen die Bevölkerungen zusätzlich verunsicherten

und verbleibende staatliche Sicherheitsstrukturen herausfordern.

In den Golfstaaten zeigen sich massive wirtschaftliche Auswirkungen. Das kürzlich erfolgte temporäre Aussetzen des Handels von Anteilen der „Dubai Port“ und „Aramco“ an den Börsen, ein anhaltend niedriger Rohölpreis und die Uneinigkeit in den Binnenmarktgeräten des Golfkooperationsraumes über die Strategien zur Krisenbewältigung treffen auf eine Renationalisierung der einzelnen Arbeitsmärkte. Rigorose staatliche Rückführungsprogramme führen so zu massiven Auswirkungen in den Heimatländern der Gastarbeiter. Saudi-Arabien beginnt nach einer ersten Öffnung des Gesundheitssystems für ausländische Schlüsselarbeitskräfte seine Politik zu verschärfen und hat in den letzten Wochen rund 300.000 Afrikaner abgeschoben. Die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar zogen nach und begannen jüngst analog zum Oman ihre Arbeitsmärkte verstärkt auf inländisches Personal auszurichten.

Im Bereich der humanitären Unterstützung und im Bereich des IKKM kann daher mittelfristig in NMO alleine aufgrund mittelbarer COVID-19-Auswirkungen mit einem volatileren Missionsumfeld, mit teilweise massiven operativen und budgetären Einschränkungen und mit einer allgemeinen Lageverschärfung bei sämtlichen Krisen und Konflikten gerechnet werden.

*Stephan Reiner*

### **Entwicklungen in Afrika**

Die COVID-19-Krise eröffnet neue Aspekte der Konflikte in afrikanischen Staaten. Einerseits werden durch die sozialen und ökonomischen Auswirkungen innerstaatliche Konflikte sichtbar oder verstärkt, andererseits sind auch terroristische Gruppen von den Auswirkungen betroffen.

Die Krise hat gravierende negative Folgen für die vielen afrikanischen Volkswirtschaften. Niedrige Öl- und Rohstoffpreise,

deutlich weniger „Remittances“ sowie der Einbruch der Reise- und Tourismusindustrie, dürften die schlimmste Rezession der letzten 30 Jahre bedeuten. Offshore-Lagerstätten für Öl könnten zudem zu einem Anstieg an Piraterie im Golf von Guinea führen.

Algerien hat für das Jahr 2020 das Budget auf einem durchschnittlichen Preis von \$ 60 pro Barrel erstellt (derzeit unter \$ 30). Dies wird das Land vor riesige Herausforderungen stellen. Zudem wird der Regierung vorgeworfen, die Pandemie als Vorwand zu nehmen, um Kritik zu erschweren. Unter anderem soll die Verbreitung gefälschter Nachrichten kriminalisiert werden, um damit den Druck auf kritischen Journalismus zu erhöhen. Mehrere Oppositionsjournalisten wurden bereits verhaftet.

Die Folgen des Lockdowns zeigen sich bereits in mehreren Staaten. Vulnerable Gruppen, besonders sozio-ökonomisch benachteiligte, leiden unter den Folgen mehr als unter dem Virus selbst. Viele Kinder bekommen beispielsweise die einzige Mahlzeit des Tages in der Schule, d.h. keine Schule, kein Essen. Manche Staaten haben daher bereits Lockerungen beschlossen, um insbesondere Tagelöhnern und Straßenverkäufern wieder ein Einkommen zu ermöglichen. Der Druck auf manche Regierungen wächst und könnte sich auch gewaltsam entladen.

Die Sicherheitskräfte waren auf diese Art von Einsatz nicht vorbereitet. Übergriffe und exzessive Gewaltanwendung sind eher Symptome totalitärer als demokratischer Staaten. Während z.B. in südafrikanischen Townships die Gewalt durch Gangs abgenommen hat, teilweise „Waffenstillstände“ ausgehandelt wurden und die Versorgung der Bevölkerung auch für diese Gruppen an Bedeutung gewinnt, sind ähnliche Entwicklungen bei Rebellengruppen bisher nicht dokumentiert.

Staatliche Maßnahmen werden oftmals nicht befolgt. Busse, Moscheen und Kir-

chen sind weiterhin voll und Kinder spielen in Ermangelung von Alternativen miteinander. Die offiziellen Zahlen dürften in vielen Staaten aufgrund der geringen Anzahl durchgeführter Tests darüber hinaus nicht der Realität entsprechen.

Die Folgen der COVID-19-Krise bekommen auch terroristische Gruppierungen zu spüren. Sowohl Boko Haram als auch Al-Shabaab kämpfen mit finanziellen Problemen. Im Fall von Boko Haram wird versucht, sich über Alternativen zu finanzieren, während bei Al-Shabaab innere Brüche deutlicher zu sehen sind. Dies deutet darauf hin, dass die Heterogenität der Gruppe in der Krise sichtbar wird und Homogenität nur dann gegeben ist, „wenn es gut läuft“. Trotz der Herausforderungen nehmen terroristische Aktivitäten, wie im Grenzgebiet Mali, Niger und Burkina Faso zu und in Mozambique konnten IS-affilierte Gruppen weiteren Raum für sich gewinnen.

Auch die Arbeit von Hilfsorganisationen und NGOs ist von der Krise betroffen. Mitarbeiter müssen entlassen oder beurlaubt werden. Internationale Programme und Missionen/Operationen in Afrika könnten zunehmend auch danach beurteilt werden, wie gut sie in der Bewältigung der Pandemie und der Folgen der Shutdowns unterstützen. Erschwert wird dies durch die zum Teil vorherrschende Annahme, dass das Virus von Ausländern eingeschleppt wurde. In Kamerun hat dies bereits zu Übergriffen geführt. Mittels VN-Radiosendern wird versucht, Aufklärungsarbeit zu leisten und auch in entlegenen Gebieten über das Coronavirus und Präventionsmaßnahmen zu informieren, damit die einzelnen Gesellschaften mit eigenen Mitteln darauf reagieren können. Gezielte und flächendeckende COVID-19-Maßnahmen, die gemeinsam mit staatlichen Entscheidungsträgern erarbeitet werden, bieten womöglich eine Chance zur Verbesserung der Kooperation zwischen Regierung, Bevölkerung und externen Missionen. In Mali könnte beispielsweise mit einer möglichst flächendeckenden Unterstützung und Kooperation der Zentralregierung mit der

VN-Mission MINUSMA die Gelegenheit ergriffen werden, etwas staatliche Autorität zurückzugewinnen.

Die im Zuge der Coronakrise erfolgte Diskriminierung afrikanischer Staatsbürger auf chinesischem Staatsgebiet könnte einen Imageverlust für China bedeuten. Auch in Schuldenfragen zeigt sich China unflexibel, während die G20 das Aussetzen, jedoch nicht den Erlass, der Schuldendienstzahlungen für afrikanische Staaten mit niedrigem Einkommen bis Ende 2020 beschlossen haben. Die USA sind mit dem eigenen Krisenmanagement beschäftigt und wirken derzeit dem steigenden Einfluss Chinas in Afrika nicht entgegen.

#### *Ableitungen*

- Die Aufrechterhaltung des internationalen Engagements in Afrika ist notwendig, um zu helfen, die Ausdehnung der Einflusssphären terroristischer und militanter Gruppen sowie eine Verschlechterung der humanitären Situation zu verhindern.
- Eine strukturierte Unterstützung durch die EU könnte zur Imageverbesserung beitragen. Der Höhepunkt der Coronakrise wird in vielen afrikanischen Staaten erst im Sommer bzw. Herbst erwartet. Das würde der EU und ihren Mitgliedsstaaten die Chance bieten, nach Überwindung der eigenen Krise vermehrt Präsenz zu zeigen.
- Verschlechterte Lebensbedingungen und humanitäre Krisen werden einen verstärkten Zulauf zu radikalen Gruppen und kriminellen Banden zur Folge haben und deren Basis langfristig stärken. Besonders in Staaten unter Stress könnte dies weitreichende Folgen für die Stabilität und sicherheitspolitische Kalkulierbarkeit bedeuten.
- Die ungewisse wirtschaftliche und politische Situation in Algerien sowie eine hohe Jugendarbeitslosigkeit könnten den Migrationsdruck Richtung Europa

mittelfristig erhöhen. Daher sollte aus europäischer Perspektive neben Libyen, Algerien vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt werden.

*Nicole Gruber, Gerald Hainzl*

### **Auswirkungen in Afghanistan**

Im April ist die Zahl der Infizierten deutlich angestiegen. Das Epizentrum ist die Stadt Herat nahe der iranischen Grenze. Die Dunkelziffer ist hoch und ein massiver Anstieg an Erkrankungen ist zu erwarten. Die Coronakrise hat die Friedensgespräche und Abzugsverhandlungen zwischen den USA, den Taliban und der afghanischen Regierung vorerst zum Stillstand gebracht. Zwar haben sich die Rückzugsabsichten der USA durch COVID-19 verstärkt, was auch das europäische und österreichische Engagement bei der *Resolute Support Mission* (RSM) einschränkt. Der US-Abzug hängt jedoch von der Erfüllung der Bedingungen des US-Taliban-Abkommens vom Februar 2020 ab, das u. a. einen Waffenstillstand vorsieht. Davon ist man jedoch weit entfernt. Kampfhandlungen und zivile Opfer haben deutlich zugenommen.

Durch Grenzsicherungen und Ausgangssperren steht die Wirtschaft still. Preissteigerungen führen zu einer Hungerkrise. Die bestehenden Vulnerabilitäten (z. B. bewaffneter Konflikt, interne Vertreibungen, fragiles Gesundheitssystem) haben zugenommen. Für die Konfliktparteien stellt COVID-19 keinen Grund dar, einen nationalen Schulterschluss anzustreben. Dies wird durch zwei Faktoren veranschaulicht: Die tief gespaltene Regierung und die verstärkten Angriffe der Taliban auf Sicherheitskräfte.

Das wahrscheinlichste Szenario ist eine Fortsetzung des politischen Status Quo

und der militärischen Patt-Situation in Form eines begrenzten Krieges mittlerer Intensität („medium intensity conflict“ gemäß HIIK), solange die USA militärisch und finanziell unterstützen.

In einem Negativszenario intensivieren die Taliban den Konflikt und verwerfen Friedensverhandlungen. Ein Bürgerkrieg entlang ethnischer Linien bricht aus („high intensity conflict“). In einem positiven Szenario führt die Umsetzung des Doha-Abkommens zu einem Absinken der Konflikintensität („low intensity conflict“), einem Waffenstillstand und einem international unterstützten Friedensprozess. COVID-19 könnte dieses Szenario unterstützen, da die Akteure mit einer „gemeinsamen Bedrohung“ konfrontiert sind.

### *Ableitungen*

- Afghanistan weist beträchtliche sicherheitspolitische Rückwirkungen für die EU und Österreich auf. Die Risiken dürften durch den durch COVID-19 beschleunigten wirtschaftlichen Niedergang der Region weiter zunehmen (z. B. Drogenrouten, Migrationsaspekt).
- Das IKKM wird durch COVID-19 massiv beeinträchtigt. Das betrifft die UNO mit ihrem humanitären Engagement, die EU als Peacebuilder und einer der größten Geber sowie die eingeschränkte Erfüllung des RSM-Mandats.
- COVID-19 hat die Fähigkeiten afghanischer Streitkräfte weiter geschwächt. RSM sollte daher die Ausbildungsaktivitäten wieder voll aufnehmen und Akzente im medizinischen Bereich (z. B. Unterstützung von Testcenter und Kliniken) setzen.

*Markus Gauster*

#### **Impressum:**

Medieninhaber/Herausgeber/Hersteller: Republik Österreich/BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion: Landesverteidigungsakademie Wien/IFK, Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

Druck: Reproz W, Stiftgasse 2a, 1070 Wien



[www.facebook.com/lvak.ifk](https://www.facebook.com/lvak.ifk)